Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Institut für Organisationsökonomik

Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik

4/2018

Die Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern für Wirtschaftskrisen und die Wirtschaft allgemein

Alexander Dilger

Discussion Paper of the
Institute for Organisational Economics

Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik
4/2018

April 2018

ISSN 2191-2475

Die Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern für Wirtschaftskrisen und die Wirtschaft allgemein

Alexander Dilger

Zusammenfassung

Die jüngste globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Eurokrise werden kurz skizziert und analysiert. Wirtschaftswissenschaftler waren an diesen Krisen und ihrer Überwindung beteiligt. Ihr Anteil sollte jedoch nicht überschätzt werden. Mehr Forschung zu relevanten Problemen und eine bessere Vermittlung der Forschungsergebnisse wären wünschenswert, wozu jedoch die Anreizstrukturen in den Wirtschaftswissenschaften verbessert werden sollten.

JEL-Codes: A11, B41, E42, G01, H12, I23

The Responsibility of Economists for Economic Crises and the Economy in General

Abstract

The recent global economic and financial crisis as well as the euro crisis are shortly outlined and analysed. Economists have been involved in theses crises and their overcoming. However, their part should not be overrated. More research of relevant problems and a better transfer of research results would be desirable but the incentive structures in economics should be improved for this.

Im Internet unter:

http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/forschen/downloads/DP-IO_04_2018

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststraße 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303 (Sekretariat)
E-Mail: io@uni-muenster.de
Internet: www.wiwi.uni-muenster.de/io

Die Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern für Wirtschaftskrisen und die Wirtschaft allgemein*

1. Einleitung

Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2007 in den USA begann, ist in eine Staatsschulden- und Währungskrise insbesondere in Europa gemündet. Es verbleiben hohe Risiken für die Real- und Finanzwirtschaft sowie für Staaten und ihre Steuerzahler. Die Ursachen und Folgen dieser miteinander verbundenen Krisen sind bislang[1] weder praktisch noch wissenschaftlich hinreichend aufgearbeitet worden. Die folgenden Aussagen sind dementsprechend nicht wissenschaftlicher Konsens. Es handelt sich um meine aktuelle Meinung als Ausgangspunkt für eine offene Diskussion.

Im nächsten Kapitel werden die jüngsten Krisen kurz skizziert. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit den Krisenursachen. Im vierten Kapitel geht es dann konkret um die Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern. Im fünften Abschnitt werden die Krisen in historischer Perspektive betrachtet. Das sechste Kapitel nimmt die Anreizstrukturen in den Wirtschaftswissenschaften in den Blick. Das siebte Kapitel schließt mit einem kurzen Fazit und Ausblick.

2. Kurze Skizze der aktuellen Krisen[2]

Juli 2006 erreichten die US-Immobilienpreise ihren Höhepunkt. Im Juni 2007 wurden bei zwei Hedgefonds von Bear Stearns sehr große Probleme bekannt, im Mai 2008 folgte eine Übernahme von Bear Stearns durch JPMorgan Chase mit Hilfe der US-amerikanischen Notenbank FED. Die Insolvenz von Lehman Brothers am 15. September 2008 brachte den Interbankenmarkt zum Erliegen. In der Folge brach die Realwirtschaft ein. So ging in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 real um 5,6 Prozent zurück (siehe Statistisches Bundesamt 2017, S. 6) und in den USA um 2,8 Prozent (siehe Statista 2018). Nach dem Schock der recht ungeordneten Lehman-Pleite wurden etliche Banken staatlicherseits gerettet, was die Staatsschulden stark steigen ließ, z. B. in Irland von 23,9 Prozent des BIP in 2007 auf 119,6

* Dieses Diskussionspapier ist die Verschriftlichung eines Vortrags mit gleichem Titel im Rahmen der Ringvorlesung „Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft“ vom Zentrum für Wissenschaftstheorie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 30. Juni 2011. Es vertieft die Ausführungen in Abschnitt 3.4. von Dilger (2017) und wurde um Kapitel 6 ergänzt.

[1] Das galt insbesondere 2011, aber gilt grundsätzlich noch immer, auch wenn es inzwischen viel mehr Literatur zum Thema gibt, die hier nicht näher behandelt werden kann.

[2] Eine etwas ausführlichere Skizze findet sich in Kapitel 2 von Dilger (2017), deutlich umfassendere Darstellungen bieten z. B. Shiller (2008), Sinn (2010) und Illing (2017).

Prozent in 2012 (wo der Schuldenstand 2017 allerdings wieder auf 68,0 Prozent fiel), in Spanien von 35,6 Prozent in 2007 auf 100,4 Prozent in 2014 (98,3 Prozent in 2017) und in Deutschland von 63,7 Prozent in 2007 auf 80,9 Prozent in 2010 (64,1 Prozent in 2017, siehe jeweils Eurostat 2018).

In der Eurozone war es mit den anfangs nahezu einheitlichen Zinsen in der Krise vorbei. Griechenland wäre ohne Hilfen anderer Euroländer und der Europäischen Zentralbank (EZB) offen insolvent bzw. war es 2012 tatsächlich mit einem zwangsweisen Schuldenschnitt für private Gläubiger. Der Euro selbst ist in Gefahr bzw. wird nur durch die expansive Politik der EZB gerettet, die beim nächsten Konjunktureinbruch kaum noch Spielraum hat. Das Platzen der US-Immobilienblase wirkte sich dementsprechend zuerst auf den Finanzsektor und dann die Realwirtschaft sowie Staatshaushalte aller hochentwickelten Länder aus. Dies war Anlass, aber nicht Ursache für die immer noch anhaltende Eurokrise.

3. Wesentliche Krisenursachen

Die US-Immobilienblase wurde durch die Niedrigzinspolitik der FED aufgebläht (teilweise als Reaktion auf das Platzen der Dotcom-Blase 2000). Die Immobilienblase und ihr Platzen wurden dadurch verschärft, dass es viele *Subprime* Kredite, *Credit Default Swaps* und *Collateralized Debt Obligations* gab, die auch noch tranchiert wurden, so dass selbst sehr riskante Anlagen größtenteils fast risikofrei erschienen (siehe Brigo/Pallavicini/Torresetti 2010). Denn bei deren Bewertung wurden systemische Risiken nicht hinreichend beachtet, z. B. dass einzelne Ausfälle von Immobilienkrediten im Boom keine sinnvolle Vorhersage systematischer Massenausfälle in einer Krise erlauben. Die Deregulierung, hohe Intransparenz und ein hoher Leverage des Finanzsektors steigerten ebenfalls erst den Boom und dann die Krise. Mangelnde Kredite (mangels Vertrauen) und Vermögenseffekte (insbesondere Immobilienbesitzer wurden zumindest rechnerisch ärmer oder sogar überschuldet) wirkten sich in der Krise negativ auf die Realwirtschaft aus.

Deutschland hat die Finanzkrise nicht verursacht, war aber durch seine hohe Exportabhängigkeit, ungeschickte Finanztransaktionen und den Euro stark betroffen. Bankenrettungen und stark steigende Zinsen für unsichere Staatsanleihen brachten insbesondere südeuropäische Mitglieder der Eurozone in Bedrängnis. Diese hatten viel Zeit und Kredit während der zu Beginn der Gemeinschaftswährung ungewohnt niedrigen Zinsen verschwendet bzw. für Konsum (inklusive langfristigen Konsumgütern wie Immobilien) statt produktive Investitionen genutzt.

Der Euro ist als Gemeinschaftswährung für sehr heterogene Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Vorstellungen zu Inflation und Verschuldung inhärent instabil. Die Eurorettungspolitik insbesondere der EZB mit Null- und Negativzinsen sowie massiven Aufkäufen von Staatsanleihen ist teuer und nicht wirklich nachhaltig. Die Eurozone wird sich entweder zu einer offenen Schulden- und Transferunion unter Verzicht der nationalen Souveränitäten entwickeln müssen oder irgendwann auseinanderbrechen.

4. Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern

Bestimmte Finanzmarktinstrumente wurden von Wissenschaftlern erfunden. Für das Black-Scholes-Modell von 1973 (siehe Black/Scholes 1973 und Merton 1973) erhielten Myron S. Scholes und Robert C. Merton 1997 den Nobelpreis (Fischer Black war bereits 1995 gestorben). Merton und Scholes waren Direktoren von *Long-Term Capital Management* (LTCM). Dieses Unternehmen wurde bereits 1998 insolvent und musste spektakulär gerettet werden (siehe Lowenstein 2001). Auch bei den hier behandelten Krisen spielten dieses Modell und Erweiterungen davon eine große Rolle (vgl. Colander et al. 2009).

Viele Ökonomen unterstützten außerdem die zumindest ex post zweifelhafte Deregulierung der Finanzmärkte, obwohl längst nicht alle abgeschafften Regeln ineffizient waren, sondern etliche zur Stabilität beigetragen und vor Krisen(ausbreitung) geschützt hatten. Zahlreiche Ökonomen und ihre Verbände haben die Bildung der Eurozone begrüßt, während die mahnenden Stimmen meist nicht die tatsächlichen Probleme vorhergesehen hatten, sondern z. B. vor hoher Inflation warnten (siehe Ohr/Schäfer 1992), zu der es bis heute nicht kam. In der Krise befürworteten viele Ökonomen die Bankenrettung und die staatliche Stützung der Realwirtschaft, wodurch wohl tatsächlich noch Schlimmeres verhindert wurde. Dafür gab es jedoch keine aktuelle theoretische Grundlage, sondern eher Rückgriffe auf John Maynard Keynes (1936) und intuitive Überlegungen. Nobelpreisträger Paul Krugman (2010) meinte mit Bezug auf Paul Samuelson (1948): „Es ist kein gutes Zeichen, dass Texte, die vor 60 Jahren geschrieben wurden, besser sind als die moderne Forschung."

Generell gilt, dass Wirtschaftswissenschaftler (wie andere Wissenschaftler auch) vieles nicht wissen, was allerdings häufig durch (pseudo)mathematische Beweise[3] kaschiert wird. Der

[3] Mathematische Beweise sind typischerweise allgemeingültig und logisch zwingend, während Beweise in den Wirtschaftswissenschaften häufig Spezialfälle betreffen und viele implizite Annahmen beinhalten, also streng genommen aus den aufgeführten Prämissen nicht folgen. Außerdem folgt aus rein analytischen Schlussfolgerungen nichts für die empirische Wirklichkeit, da logische Schlüsse nichts über die Gültigkeit der Prämissen aussa-

Genauigkeitsanspruch innerhalb ökonomischer Modelle ist um viele Größenordnungen höher als der für die Modelle insgesamt und für ihre Annahmen. So kommt es, dass Ökonomen viele Spezialprobleme perfekt gelöst haben, aber auf etliche praktisch wichtige und grundsätzliche Fragen keine klare Antwort geben können bzw. verschiedene Ökonomen einander widersprechende Antworten geben, ohne dass systematisch nach einer fundierten Entscheidung gesucht würde. Auch die große und zunehmende Zahl an empirischen Studien versucht größtenteils, das jeweils eigene Modell zu bestätigen bzw. empirisch zu stützen, statt zwischen verschiedenen Modellen und Paradigmen zu diskriminieren.

Dabei ist den einzelnen Wissenschaftlern kaum ein Vorwurf zu machen. Die meisten Studien sind für sich genommen sinnvoll. Es ist auch jeder Wissenschaftler frei in der Wahl seiner Forschungsthemen und -methoden, solange diese wissenschaftlichen Mindeststandards genügen und mögliche Interessenskonflikte offengelegt werden. Die Probleme ergeben sich eher auf kollektiver Ebene bzw. für die Wirtschaftswissenschaften insgesamt, was im sechsten Kapitel behandelt wird.

Entlastend für die einzelnen Wirtschaftswissenschaftler kommt hinzu, dass sie und ihre Ergebnisse zumindest in Deutschland für die Politik ohnehin kaum relevant sind. Deshalb können sie für politische Fehlentscheidungen auch nicht verantwortlich gemacht werden. Allerdings ist diese mangelnde Relevanz selbst ein Problem, für das wohl nicht allein die Politik verantwortlich ist, sondern auch die Wissenschaft, die sich häufig politisch und gesamtgesellschaftlich weniger relevanten Fragen widmet oder ihre doch relevanten Ergebnisse nicht hinreichend vermitteln kann.

5. Krisen in historischer Perspektive

Teilweise wurden die aktuellen Krisen zur (Bekräftigung insbesondere marxistischer) Fundamentalkritik an Marktwirtschaft und Ökonomik genutzt (siehe z. B. Harman 2010, Bieler/Morton 2018 oder Wagenknecht 2018). Das ist jedoch nicht nur antiökonomisch, sondern auch ahistorisch und unverhältnismäßig. In Marktwirtschaften gibt es konjunkturelle Schwankungen und Krisen. Eine tiefe Weltwirtschaftskrise wie vor 80 Jahren lässt sich jedoch (mit dem daraus gewonnenen Wissen) verhindern. Ohne Marktwirtschaft oder zumindest marktwirtschaftliche Elemente und die Öffnung gegenüber dem Rest der Welt ist der Lebensstan-

gen. Diese sind häufig kontrafaktisch und selbst in günstigen Fällen nur plausibel und durch empirische Evidenz gestützt, aber nicht sicher wahr.

dard deutlich niedriger und sind Krisen viel schlimmer, wie z. B. der Vergleich von Nord- mit Südkorea zeigt oder auch von China unter Mao mit heute.

Schon Adam Smith (1776) als Begründer der modernen Wirtschaftswissenschaften stellte die Vorteile von Marktwirtschaft und Freihandel heraus. So wie für Wirtschaftskrisen sind auch für die Vorteile des guten Wirtschaftens und des marktwirtschaftlichen Systems nicht die Wirtschaftswissenschaftler verantwortlich, die sie jeweils nur beschreiben, analysieren und mit Gestaltungsempfehlungen versehen, die andere entweder umsetzen oder auch nicht. Die Wirtschaftswissenschaften helfen, die reale Wirtschaft zu verbessern, aber ihr Einfluss sollte nicht überschätzt werden. Manches liefe ohne sie schlechter und bessere Wissenschaft könnte zu weiteren realen Verbesserungen führen, doch es gibt Grenzen. Die Knappheit lässt sich nie ganz überwinden und Krisen lassen sich nicht völlig vermeiden oder auch nur sicher vorhersagen. Wer mehr erwartet, erwartet zu viel bzw. Unmögliches.

6. Anreizstrukturen für Wirtschaftswissenschaftler

Die einzelnen Wirtschaftswissenschaftler können grundsätzlich forschen, worüber und wie sie wollen. Das ist Teil der grundgesetzlich geschützten Wissenschaftsfreiheit, aber auch der inneren Logik von Wissenschaft. Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse von Praktikern einschließlich Politikern falsch verwendet werden, ist das nicht Schuld der Wissenschaftler, insbesondere wenn sie auf den richtigen Anwendungsbereich hingewiesen haben, der in bestimmten Fällen durchaus eine leere Menge sein kann. Doch selbst wenn einzelne Wissenschaftler die Reichweite und Sicherheit ihrer Erkenntnisse übertreiben sollten, wird das normalerweise von anderen Wissenschaftlern kritisiert und relativiert. Aufgeklärte Praktiker und Politiker lernen außerdem selbst, die Bedeutung und die Grenzen wissenschaftlicher Aussagen einzuschätzen.

Weiterhin werden wissenschaftliche Aussagen häufig nur zur Rechtfertigung ohnehin geplanter Handlungen herangezogen, was jedoch nicht unproblematisch ist und zu Fehlanreizen in der Wissenschaft und Praxis einschließlich Politik führen kann. Wissenschaftler und ihre Arbeit werden dann nämlich nach Erwünschtheit statt Wahrheit bzw. Güte der Argumentation gefördert. Weitere Fehlanreize können dadurch entstehen, dass bestimmten finanzstarken Interessen dienende Forschung stärker gefördert wird als solche, die anderen einschließlich gesamtgesellschaftlichen Interessen oder auch der interessenlosen Erkenntnissuche dient.

Ein tatsächlich noch größeres Problem ist innerwissenschaftlicher Art. Die heutigen Anreize innerhalb der Wissenschaft, bei Zeitschriften, wissenschaftlichen Drittmitteln, Berufungen und Gehaltsverhandlungen begünstigen eine bestimmte Art von Forschung, die methodisch anspruchsvoll und an bisherige Forschung anschlussfähig ist, bei der es jedoch weniger auf die wissenschaftliche oder gar praktische und politische Relevanz der Thematik oder gar der Ergebnisse ankommt. Rigor und Relevanz sind keine Gegensätze, aber sie sind auch nicht identisch und es gibt einen Bias zu Gunsten von Rigor und zu Lasten von wissenschaftlicher wie auch praktischer Relevanz (vgl. Dilger 2012a). Das Problem verschärft sich in Deutschland und Europa, aber auch in den meisten anderen Gegenden der Welt, weil es einen zusätzlichen Bias gibt, eher Probleme der USA mit US-amerikanischen Daten zu bearbeiten, während Arbeiten mit anderen geographischen und thematischen Schwerpunkten schwerer in den höchstgerankten, meist US-amerikanischen Zeitschriften unterkommen und weniger zitiert werden. Dagegen könnte eine gezielte Förderpolitik helfen (vgl. Dilger 2012b).

In Summe führen die bestehenden Anreizstrukturen dazu, dass z. B. die Eurokrise weniger gut erforscht wurde als die Finanzkrise in den USA. Das könnte dazu beigetragen haben, dass die Eurokrise auch noch nicht überwunden wurde, wofür es allerdings vor allem politische Gründe gibt. Gerade beim Euro scheint das Umsetzungsproblem größer zu sein als das Erkenntnisproblem. Es fehlt am politischen Willen, das als richtig Erkannte zu tun. Dabei kann die Wissenschaft ohnehin nicht die Richtung vorgeben, sondern nur Empfehlungen unterbreiten und Alternativen aufzeigen. Entscheiden müssen dann die Politiker oder auch Wähler. Wenn sich diese gegen den wissenschaftlichen Rat entscheiden, dann ist das zu akzeptieren, auch wenn der Rat noch so gut begründet war. Es sind dann auf Grundlage der politischen Entscheidung neue Empfehlungen auszuarbeiten. Das gilt z. B. für den Brexit, vor dem die meisten Wirtschaftswissenschaftler gewarnt haben, aber auch für die Eurorettungspolitik.

Trotzdem ist es nicht falsch, nicht nur, aber auch auf die Möglichkeiten einer Revision einer einmal getroffenen Entscheidung hinzuweisen. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU kann noch vermieden oder zumindest abgefedert werden, etwa durch den Verbleib im Binnenmarkt oder in einer Zollunion. Ebenso könnte ein geordneter Euroausstieg geplant und vollzogen werden, während ein chaotisches Auseinanderbrechen der Eurozone ohnehin eine ernsthafte Gefahr bleibt.

Mehr Studien dazu wären wichtig, doch die Anreize dafür sind eher gering. Verantwortungsvolle Wissenschaftler in gesicherten Positionen könnten trotzdem ohne besondere Anreize oder sogar gegen diese entsprechend forschen sowie die Anreizstrukturen zu ändern versu-

chen. Als Einzelner hat man kaum Einfluss auf das Wissenschaftssystem, viele Wissenschaftler zusammen haben diesen Einfluss hingegen schon. Auch von außen, durch Politiker und andere Geldgeber, könnten die Anreize zur Beschäftigung mit praxisrelevanten Themen und umsetzbaren Lösungsvorschlägen verbessert werden, wobei ein zu starkes Hineinregieren in die eigentliche Forschungsarbeit oder sogar die Ergebnisse kontraproduktiv wäre.

7. Fazit und Ausblick

Wirtschaftswissenschaftler bzw. die Wirtschaftswissenschaften haben partiell zur aktuellen Krise, aber auch zu deren Überwindung beigetragen. Gerade in der Makroökonomik und zur Regulierung des Finanzsektors fehlt es an guten und vor allem praktisch anwendbaren aktuellen Theorien. Dafür sind einzelne Ökonomen nicht verantwortlich zu machen, doch die Anreizstrukturen im Fach sollten verbessert werden. Denn aus Krisen lässt sich lernen, sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Ausrichtung des Faches. Diese sollte nicht völlig verändert werden, denn selbst wissenschaftliche Revolutionen gemäß Thomas Kuhn (1962) bauen auf dem bisher Erkannten auf. Es ist auch nicht sinnvoll, die Wirtschaftswissenschaften in ein anderes Fach wie Soziologie oder Psychologie zu überführen. Doch mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit und gegenseitige wissenschaftliche Befruchtung könnten sowohl zum Erkenntnisfortschritt als auch zur praktischen Krisenbewältigung beitragen.

Krisen sind zu wertvoll, um sie ungenutzt verstreichen zu lassen. Die Veränderungsbereitschaft ist in und kurz nach Krisen höher als sonst. Außerdem gibt es viele neue Daten und Erkenntnisse, die zum Überprüfen und Vergleichen bestehender Theorien und zur Entwicklung neuer Theorieansätze genutzt werden können und sollten.

Literatur

Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2018): „Global Capitalism, Global War, Global Crisis“, Cambridge University Press, Cambridge, UK.

Black, Fischer/Scholes, Myron (1973): „The Pricing of Options and Corporate Liabilities“, Journal of Political Economy 81 (3), S. 637-654.

Brigo, Damiano/Pallavicini, Andrea/Torresetti, Roberto (2010): „Credit Models and the Crisis: A Journey into CDOs, Copulas, Correlations and Dynamic Models“, John Wiley & Sons, Hoboken, NJ.

Colander, David/Goldberg, Michael/Haas, Armin/Juselius, Katarina/Kirman, Alan/Lux, Thomas/Sloth, Brigitte (2009): „The Financial Crisis and the Systemic Failure of the Economics Profession“, Critical Review – A Journal of Politics and Society 21 (2-3), S. 249-267.

Dilger, Alexander (2012a): „Rigor, wissenschaftliche und praktische Relevanz“, Diskussionspapier des Instituts für Organisationsökonomik 3/2012, Münster, im Internet unter https://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/downloads/DP-IO_03_2012 (letzter Abruf am 29. April 2018).

Dilger, Alexander (2012b): „Förderung von Wissenschaft zu nationalen und europäischen Fragen“, Diskussionspapier des Instituts für Organisationsökonomik 5/2012, Münster, im Internet unter https://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/downloads/DP-IO_05_2012 (letzter Abruf am 29. April 2018).

Dilger, Alexander (2017): „Wirtschaftsethische Überlegungen zur Finanz- und Eurokrise“, Diskussionspapier des Instituts für Organisationsökonomik 5/2017, Münster, im Internet unter https://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/downloads/DP-IO_05_2017 (letzter Abruf am 29. April 2018).

Eurostat (2018): „Öffentlicher Bruttoschuldenstand“, Luxemburg, im Internet unter http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=sdg_17_40&plugin=1 (letzter Abruf am 29. April 2018).

Harman, Chris (2010): „Zombie Capitalism: Global Crisis and the Relevance of Marx“, Haymarket Books, Chicago, IL.

Illing, Falk (2017): „Die Eurokrise: Analyse der europäischen Strukturkrise“, 2. Auflage, Springer VS, Wiesbaden.

Keynes, John Maynard (1936): „The General Theory of Employment, Interest and Money“, Mac Millan, London.

Krugman, Paul (2010): „Nobelpreisträger Krugman will alte VWL-Weisheiten ‚beerdigen‘“, Interview mit Olaf Storbeck fürs Handelsblatt, 11. Januar 2010, im Internet unter http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/nachrichten/oekonomie-nobelpreistraeger-krugman-will-alte-vwl-weisheiten-beerdigen/3342984.html (letzter Abruf am 29. April 2018).

Kuhn, Thomas (1962): „The Structure of Scientific Revolutions“, University of Chicago Press, Chicago, IL.

Lowenstein, Roger (2001): „When Genius Failed: The Rise and Fall of Long Term Capital Management“, Harper Collins, London.

Merton, Robert C. (1973): „Theory of Rational Option Pricing“, Bell Journal of Economics and Management Science 4 (1), S. 141-183.

Ohr, Renate/Schäfer, Wolf (1992): „Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11. Juni 1992, von 62 Professoren unterzeichnet, wiedergegeben im Internet unter http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=20212 (letzter Abruf am 29. April 2018).

Samuelson, Paul (1948): „Economics: An Introductory Analysis“, McGraw-Hill, New York, NY.

Shiller, Robert J. (2008): „The Subprime Solution: How Today’s Global Financial Crisis Happened, and What to Do about It“, Princeton University Press, Princeton, NJ.

Sinn, Hans-Werner (2010): „Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist“, Ullstein Taschenbuch, Berlin.

Smith, Adam (1776): „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“, W. Strahan and T. Cadell, London.

Statista (2018): „USA: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2007 bis 2017 (gegenüber dem Vorjahr“, Hamburg, im Internet unter https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/ (letzter Abruf am 29. April 2018).

Statistisches Bundesamt (2017): „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bruttoinlandsprodukt ab 1970, Vierteljahres- und Jahresergebnisse, 4. Vierteljahr 2017“, Wiesbaden, im Internet unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/BruttoinlandVierteljahresdaten_pdf.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf am 29. April 2018).

Wagenknecht, Sahra (2018): „Reichtum ohne Gier: Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“, Campus, Frankfurt a. M.

Diskussionspapiere des Instituts für Organisationsökonomik

Seit Institutsgründung im Oktober 2010 erscheint monatlich ein Diskussionspapier. Im Folgenden werden die letzten zwölf aufgeführt. Eine vollständige Liste mit Downloadmöglichkeit findet sich unter http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/diskussionspapiere.

DP-IO 4/2018 Die Verantwortung von Wirtschaftswissenschaftlern für Wirtschaftskrisen und die Wirtschaft allgemein
Alexander Dilger
April 2018

DP-IO 3/2018 Effects of the Three-Point Rule in German Amateur Football
Alexander Dilger/Gerrit Froböse
März 2018

DP-IO 2/2018 Pläne als konditionale Strategien
Ein Konzept für mögliche Kooperation im Gefangenendilemma
Alexander Dilger
Februar 2018

DP-IO 1/2018 Öffentliche Betriebe
Alexander Dilger
Januar 2018

DP-IO 12/2017 Verzerrungen bei Personalbeurteilungen durch Führungskräfte
Julia Müller
Dezember 2017

DP-IO 11/2017 Kommerzieller Organhandel aus ökonomischer Sicht
Alexander Dilger
November 2017

DP-IO 10/2017 7. Jahresbericht des Instituts für Organisationsökonomik
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
Oktober 2017

DP-IO 9/2017 Sind gewählte Teamleiter besser als ihr Team?
Analyse am Beispiel von BWL-Professoren und ihren Zitationen
Alexander Dilger
September 2017

DP-IO 8/2017 Zur Stärkung wissenschaftlicher Kritik
Alexander Dilger
August 2017

DP-IO 7/2017 Theoretische Erklärungsansätze für die Entsprechenserklärungen zu Abfindungen für Vorstandsmitglieder
Ute Schottmüller-Einwag
Juli 2017

DP-IO 6/2017 Doping in Teams
A Simple Decision Theoretic Model
Alexander Dilger
Juni 2017

DP-IO 5/2017 Wirtschaftsethische Überlegungen zur Finanz- und Eurokrise
Alexander Dilger
Mai 2017

Herausgeber:
Prof. Dr. Alexander Dilger
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststr. 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303
Fax: +49-251/83-28429

www.wiwi.uni-muenster.de/io